

Appell für den Frieden

(gerichtet an die deutsche und österreichische Bundesregierung, an Mitglieder des Deutschen Bundestags bzw. des österreichischen Nationalrats und die interessierte Öffentlichkeit - Öffentlichkeiten - auch wenn durch die offizielle Neutralität Österreichs ein anderer Status gegeben ist.)

Bitte unterstützen Sie unseren Friedensappell und unterzeichnen Sie ihn auf Change.org:

Appell für den Frieden: Das Töten in der Ukraine muss beendet werden! Unter:

<https://chng.it/N2ggCS5Q>

und auch unseren internationalen Friedensappell unter:

<https://actionnetwork.org/petitions/appeal-for-peace/>

und/oder auch mit Nennung von Vor- und Zuname (eventuell Titel) und Wohnort durch formlose Mail an klaus@moegling.de oder an <https://gruene-linke.de/2022/11/15/appeal-fuer-den-frieden>

Alles rund um den ‚Appell für den Frieden‘ auf der Webseite:

<https://www.klaus-moegling.de/peace-appeal/>

Text:

„Die weltweiten Kriege und die ständig beschleunigte Hochrüstung stehen der Bewältigung der ökologischen Krise entgegen.

Die Arsenale der Atomkräfte und die über 400 Nuklearreaktoren weltweit sowie die ökologischen Kipp-Punkte der Klima- und anderer ökologischer Katastrophen sowie die internationale Rivalität sind eine ständig zunehmende Gefahr für die Zukunft der Menschheit.

Eine Zukunft der Menschheit wird es nur geben, wenn diese eine friedliche wird. Hierbei geht es sowohl um innergesellschaftlichen und zwischenstaatlichen Frieden als auch um den Frieden mit der Natur.

Dies erfordert eine internationale Kooperation statt Rivalität und Feindschaft.

Wir warnen, angesichts der Warnungen aus Scharm El Scheich, vor einem erneuten Zeitverlust, den sich die Menschheit nicht mehr leisten kann.

Die laut SIPRI offiziellen 2100 Jahresmilliarden (in US-\$) Weltrüstungsausgaben bedingen einerseits eine Belastung der Ökosphäre mit Verbrennungsabgasen, andererseits eine Ressourcenvernichtung in ebenso existenziell schädlichem Umfang, wodurch u.a. Ressourcen für soziale Programme sowie Bildung und die Bekämpfung von Hungersnöten fehlen.

Der Vertrag zur Deutschen Einheit (2+4-Vertrag) erlegt den USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und Deutschland die Aufgabe auf, sich für eine Weltfriedensordnung einzusetzen, welche die Sicherheitsinteressen aller Staaten berücksichtigt. Dies ist der Schlüssel zur Überwindung der Rivalität.

- Wir fordern daher von der Bundesregierung im Sinne des 2+4-Vertrags, dass sie sich umgehend und mit dem nötigen diplomatischen Einsatz für eine vom UN-Generalsekretariat getragene hochrangige Verhandlungsinitiative zur Beendigung des eskalierenden Kriegs in der Ukraine einsetzt. Das gegenseitige Töten und auch die massive Umweltzerstörung durch den Krieg sind nicht länger von der internationalen Gemeinschaft der Völker hinnehmbar!
- Wir fordern eine konsequente Ökologiepolitik und eine Abkehr vom unkritischen Wachstumsdenken, um mit einem ganzheitlichen Ansatz die existenzielle Bedrohung der Zukunft des Lebens auf der Erde abzuwenden. Dementsprechend müssen auch die durch Militär bedingten Emissionen eines Staates im Inland und Ausland seiner nationalen CO₂-Klimabilanz zugerechnet werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, sich bei internationalen Klimaverhandlungen dafür einzusetzen, dass es keine Herausnahme der militärisch bedingten Umweltverschmutzung bei internationalen Klimaverhandlungen mehr geben wird.
- Wir fordern eine über die UN koordinierte internationale Abrüstung statt Aufrüstung. Insbesondere fordern wir ein Ende der Nuklearrüstung, welche die Menschheit nach der

Aufkündigung der nuklearen Abrüstungsverträge und gegenseitigen Vernichtungsdrohungen in ihrer Existenz gefährdet. Daher fordern wir auch den Beitritt der Bundesrepublik Deutschland zum Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen.*

Es muss jetzt endlich die Zeit der wirkungsvollen diplomatischen Initiativen und zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im internationalen Rahmen kommen!

Frieden entsteht nicht durch mehr Krieg! Kriege enden nicht im Frieden!

Nur eine Politik, die ehrlich alle Gefahrenpotentiale zeitnah angeht, kann die Zukunftsgefährdungen abwenden.

Wir erwarten von der Bundesregierung, dass sie sich hier eindeutig positioniert und konsequent im Rahmen internationaler Absprachen handelt!“

* Hinweis zum Atomwaffenverbotsvertrag: Dies gilt nicht für Österreich, da Österreich den 'Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons' (TPNW) bereits ratifiziert hat.

Erstunterzeichner_innen (Österreich):

Prof. Dr. Claudia Brunner

(Zentrum für Friedensforschung und Friedensbildung, Institut für Erziehungswissenschaft und Bildungsforschung, Universität Klagenfurt)

Em. Univ. Prof. DI .Dr. H. Peter Degischer

(AbFaNG-Friedensaktivist, Wien)

Dipl.-Ing. Karl-Heinz Hinrichs

(Gründer der EVAL-Bewegung Umwelt-und Friedensaktivist, Ramsau am Dachstein)

Rudolf Kulovic

(Initiative Zivilgesellschaft, Feldbach)

Anne Rieger

(Friedensaktivistin und Gewerkschafterin, Graz)

Dipl.-Ing. Klaus Sambor

(Koordinator des Runden Tisches Grundeinkommen, Brunn am Geb.)

Mag. a Dr. a Marianne Schallhas

(Historikerin, langjährige Mitarbeiterin von Pax Christi Österreich und der Arbeitsgemeinschaft Gerech Wirtschaften)

Nikolaus Schwartz

(Initiative Zivilgesellschaft, Opponitz)

Franz Sölkner

(Steirische Friedensplattform)

Mag. Hubert Thurnhofer

(Chefredakteur ethos.at, Langenwang/Waldheimat)

Hon. Prof. Dipl. Ing. nat. techn. Dr. jur. Heinrich Wohlmeyer